

Meldungen

zusammengestellt von Dirk Geilen und Walter Keller

Politische Kontroverse um Fluthilfe

Nachdem sich das Hochwasser, welches zwischen Juli und September letzten Jahres Zweidrittel des Landes überschwemmte, zurückgezogen hat, beschuldigt die Opposition die Regierung, die für die Flutopfer gedachten Gelder veruntreut bzw. anderweitig verwendet zu haben. Gleichzeitig ist die Gefahr einer Hungersnot noch immer nicht gebannt. Mitte November rief die Siebenparteien-Opposition um Khaleda Zia, Vorsitzende der 'Bangladesh National Party' (BNP), daher zu Streiks auf, welche das gesamte öffentliche Leben lahmlegten. Es besteht die Gefahr, so äußert sich Wahiduddin Mahmud, Ökonomieprofessor an der Universität von Dhaka, "daß die politischen Kämpfe den Wiederaufbau des Landes behindern und vor allem die Ärmsten im Land treffen werden".

Die elf Wochen andauernden Fluten, ausgelöst durch die hohen Pegelstände von Ganges, Brahmaputra und Meghna

sowie den hohen Wasserstand im Golf von Bengalen, werden als die schlimmsten der letzten Jahrzehnte bezeichnet. Das Hochwasser forderte 1.500 Tote. Die Weltbank spricht davon, daß 30 Millionen Menschen - ein Viertel der Bevölkerung - ihrer Einkommensgrundlage beraubt wurde; mehr als 500.000 Häuser und 14.000 Schulen wurden ernsthaft beschädigt oder zerstört; 1.500 Kilometer Straßen wurden weggespült - darunter auch der Highway zwischen Dhaka und dem wichtigsten Hafen des Landes, Chittagong, was den Transport von Hilfsgütern erschwert. Auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes ist betroffen. Die Weltbank geht von einem verlangsamten Wachstum des Bruttosozialprodukts von vormals rund sechs auf drei bis vier Prozent im Fiskaljahr 1998, welches im Juli begann, aus.

Das Hauptaugenmerk der Regierung muß aber auf die Nahrungsmittelversorgung der Menschen gerichtet werden: Insgesamt droht dem Land ein Verlust von Nahrungsmitteln in einer Höhe von

sechs Millionen Tonnen, was einem Viertel der gesamten durchschnittlichen Nahrungsmittelproduktion entspricht.

Die Regierung geht davon aus, daß Importe und internationale Hilfe die entstandene Lücke schließen werden. Sie hat mit der Verteilung von Lebensmitteln begonnen und ein sogenanntes 'food-for-work'-Programm aufgelegt. Rund vier Millionen der Ärmsten erhalten pro Monat 16 kg Reis und andere Nahrungsmittel. Mitarbeiter humanitärer Dienste vor Ort halten diese Menge zwar für groß genug, um einen Hungertod zu verhindern, sie befürchten aber eine weitverbreitete Unterernährung. Schon jetzt sollen 20 Prozent darunter leiden. Beim 'food-for-work'-Programm erhofft sich die Regierung, Millionen in Aufbauarbeiten beschäftigen zu können, bis die Landarbeiter im April zum Ernteinsatz gehen.

Scharfe Kritik an den Programmen der Regierung kommt von der Oppositionsseite. Diese wirft der Regierung Bevorratung und Korruption vor, da die Hilfgelder über die lokalen Parteivertreter



Bettler vor dem Parlamentsgebäude in Dhaka: Die Bevölkerung hat derzeit andere Sorgen als vorgezogene Neuwahlen (Foto: Walter Keller)

abgewickelt worden seien, währenddessen von der Opposition dominierte Regionen keinerlei Hilfe erhalten hätten. Auch bei den Mittelzuweisungen im Zuge der Wiederaufbauarbeiten seien der Regierung nahestehende Unternehmen bevorzugt worden; ebenso würde es bei den aufgestockten Geldern im Bereich der Kleinkredite zu einer Bevorzugung der 'Awami League'-Klientel kommen.

UNDP-Prognosen aus dem Oktober gehen davon aus, daß bis zu 20 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind, sollte nicht eine großangelegte Hilfsaktion der Regierung gestartet werden. Seitdem hat die Regierung zwei Millionen Tonnen an Nahrungsmittelhilfe erhalten. Diese Lieferungen konnten bisher eine Hungerkrise verhindern, das Schicksal von Millionen wird jedoch von der Fähigkeit der Regierung abhängen, die zukünftige Hilfe zu verteilen.

Keine vorgezogenen Neuwahlen

Bangladeshs Regierungspartei, die 'Awami League' (AL), hat Anfang Januar ihre Besorgnis über Anstrengungen der Oppositionsparteien zum Ausdruck gebracht, alles zu versuchen, um die Regierung zu Fall zu bringen. Gleichzeitig wurde jedoch mitgeteilt, man schließe vorzeitige Neuwahlen aus. "Wir beobachten Aktivitäten der Opposition, die Menschen gegen uns aufzubringen und Straßenproteste zu organisieren, um die Regierung in Verruf zu bringen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu bremsen", sagte der Generalsekretär der AL, Mohammad Nasim.

Zuvor hatte die oppositionelle 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und die 'Jatiyo Party' (JP) des früheren Militärdiktators H.M. Ershad die mittlerweile nicht mehr mit der Regierungspartei, sondern mit der BNP kooperiert, ein 30-Tage-Ultimatum mit dem Ziel verkündet, Premierministerin Sheikh Hasina dazu zu bringen, vier Forderungen der Opposition einzulösen. Dazu zählen die Entlassung des obersten Wahlmanns des Landes, Abu Hena, sowie die Freilassung "politischer Gefangener". Hena, der seit 1996 das Amt des obersten Wahlleiters ausübt, wird vorgeworfen, bei Neuwahlen im vergangenen Dezember einem Kandidaten der Regierungspartei zum Wahlsieg verholfen zu haben.

Mit Straßenprotesten will die Opposition im Falle der Weigerung der Regierung, auf ihre Forderungen einzugehen, in die Knie zwingen und sie zum Rücktritt auffordern, um so vorgezogene Neuwahlen möglich zu machen. Dieser Forderung hat sich auch die islamistische 'Jamaat-i-Islami' angeschlossen. "Wir fürchten uns vor diesen Drohungen

überhaupt nicht. Aber wir sehen darin den Versuch, die demokratischen Strukturen im Land zu unterdrücken... Unsere Regierung, die über 178 von insgesamt 330 Parlamentssitzen verfügt, sitzt nach wie vor fest im Sattel und wir sehen deshalb keine Notwendigkeit, die Wahlen vorzuziehen", erklärte Nasim. Das Parlament in Bangladesh ist normalerweise für fünf Jahre gewählt, die nächsten regulären Wahlen wären demzufolge erst 2001 fällig.

Angriff von Islamisten auf Hilfsprojekte

Bewaffnete Islamisten haben im Dezember im Osten von Bangladesh Hilfsprojekte lokaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angegriffen, die aus dem Ausland finanziell unterstützt werden. Qazi Faruque, Leiter von 'Proshika', einer der größten NGOs des Landes, erklärte, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten unter Todesängsten die von der Organisation unterhaltenen Projekte in Brahmanbaria, rund 180 km östlich der Hauptstadt Dhaka nahe der Grenze zu Indien, verlassen. Man habe den Eindruck gehabt, daß die Übergriffe geplant gewesen seien, erklärte Faruque weiter.

Durch die Auseinandersetzungen, die mehrere Tage andauerten, wurden mindestens 250 Menschen zum Teil schwer verletzt. Augenzeugen berichteten, der etwa 500 Mann starke Mob sei mit brennenden Fackeln durch die Straßen gezogen und habe gebrüllt "Tod für die Kinder des Satans". Dann seien die Büros der Hilfsorganisationen gestürmt worden.

Schon vorher hatten Islamisten einer religiösen Schule im Ort die Aktivitäten der Hilfsorganisationen, die als "Gefolgsleute des Satans" bezeichnet wurden, kritisiert. Dabei ging es vor allem um Ausbildungs- und Alphabetisierungsprogramme für Frauen. Auch würden die Organisationen die einfachen Menschen vom Islam entfremden und Frauen anhalten, nicht mehr nach den Vorschriften der 'Shariah' zu leben.

Außer 'Proshika' wurden auch die Büros der 'Grameen Bank', die vor allem Geld an verarmte oder alleinstehende Frauen verleiht, sowie die von 'BRAC' angegriffen und in

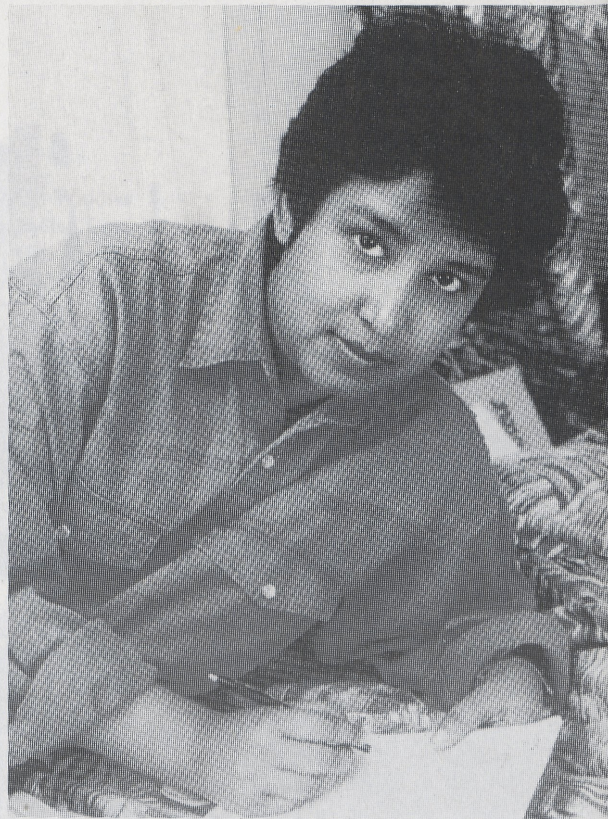
Brand gesetzt. Viele der Beschäftigten dieser Organisationen hielten sich entweder in Verstecken verborgen oder haben auf der Flucht Brahmanbaria verlassen, erklärte Faruque.

Die Regierung mußte Spezialeinheiten der Polizei sowie paramilitärische Truppen zusammenziehen, um wieder Herr der Lage zu werden. Nach Angaben der Polizei wurden insgesamt 50 Personen verhaftet.

Mutter von Taslima Nasreen gestorben

Am 11. Januar verstarb die Mutter von Taslima Nasreen, Bangladeshs umstrittener Schriftstellerin. Eedul Wara, 61, erlag einem Krebsleiden. Im September letzten Jahres kehrte Nasreen nach vierjährigem Exil in Europa nach Bangladesh zurück, um sich um ihre kranke Mutter zu kümmern. Taslima Nasreen wird von Islamisten beschuldigt, ihre Texte enthielten anti-islamische Passagen, was sie jedoch zurückwies. Sie habe sich nur für Reformen der 'Shariah'-Gesetzgebung eingesetzt, um eine Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu erreichen.

Weil sie ein Feind des Islams sei, drohen islamistische Radikale seitdem, sie umzubringen. Noch kurz vor dem Tod wandte sich ihre Mutter an den Klerus mit der Bitte, die Todesdrohungen für ihre Tochter aufzuheben, damit sie wieder ein normales Leben führen könne.



Das Schicksal Taslima Nasreens ist weiterhin ungewiß
(Foto: Archiv)